

DEN UMSTIEG BESCHLEUNIGEN – WEGMARKEN IN DAS ZEITALTER DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDES
DER CDU DEUTSCHLANDS VOM 9. MAI 2011

DIE MITTE.

CDU

DEN UMSTIEG BESCHLEUNIGEN – WEGMARKEN IN DAS ZEITALTER DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

**Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands
am 9. Mai 2011**

1. Vorfahrt für Erneuerbare Energien

- Erneuerbare Energien als Beitrag zum Klimaschutz stärken
- Mit modernen Kraftwerken auf mehr Effizienz setzen
- Eine zukunftsfähige Netzinfrastruktur schaffen
- Mehr Sicherheit und Stabilität durch neue Energiespeicher erreichen

2. Um Konsens werben

- Zustimmung der Menschen als Voraussetzung für beschleunigten Infrastrukturausbau
- Mehr Energieeffizienz hilft Kosten zu senken und Ressourcen zu schonen
- Suche nach einem sicheren Endlager vorantreiben
- Für eine faire Lastenteilung

3. Die Chancen des Umstiegs richtig nutzen

- Energieforschung ausbauen und besser vernetzen
- Wettbewerbsfähigkeit als zentrales Anliegen des Energieumstiegs
- Chancen für Wachstum und Wohlstand – unser Anspruch!

DEN UMSTIEG BESCHLEUNIGEN – WEGMARKEN IN DAS ZEITALTER DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Deutschland ist die führende Volkswirtschaft Europas. Eine zukunftsfähige Energieversorgung ist unverzichtbar, um diese Rolle auch in Zukunft wahrzunehmen und Wohlstand zu sichern. Sie ist eine der „Lebensadern“ unserer Volkswirtschaft.

Unsere Verantwortung vor der Schöpfung und nachfolgenden Generationen verpflichtet uns, in der Energiepolitik Aspekte der Wirtschaftlichkeit, des Umwelt- und Klimaschutzes und der Sozialverträglichkeit gleichermaßen zu beachten. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung im letzten Jahr ein Energiekonzept vorgelegt, in dem erstmals eine Strategie für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung bis zum Jahr 2050 aufgezeigt wird. Ein solch umfassendes Konzept hat es in der deutschen Umwelt- und Energiepolitik so noch nicht gegeben. Bis zum Jahr 2050 sollen der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion auf 80 Prozent gesteigert, der Primärenergieverbrauch in Deutschland halbiert und die Emission klimaschädlicher Treibhausgase um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden.

Im Rahmen des Energiekonzepts war – wie in unserem Grundsatzprogramm im Jahr 2007 beschlossen – die Kernenergie eine Brückentechnologie hin zu den Erneuerbaren Energien.

Die Reaktorkatastrophe im Hochtechnologieland Japan muss aber auch für uns Anlass sein, über unsere Position zur Kernenergie neu nachzudenken. Die Verkettung von jeweils für äußerst unwahrscheinlich gehaltenen Umständen mit katastrophaler Folgewirkung macht es erforderlich, die der Auslegung unserer Kernkraftwerke zu Grunde liegenden Sicherheitsannahmen zu überprüfen. Große Bedeutung haben dabei auch die Fragen der Risikoakzeptanz.

Auch wenn Erdbeben wie in Japan für Deutschland ausgeschlossen werden können und Tsunamis bei uns keine Schäden anrichten können, gibt es zivilisatorische Gefahren, wie beispielsweise Flugzeugabstürze oder Cyber-Attacken, die die Sicherheit von Kernkraftwerken in Frage stellen können.

Deshalb war es richtig, nach dem 11. März eine Phase des Innehaltens zu verabreden. Wir begrüßen die von der Bundesregierung in die Wege geleitete umfassende Sicherheitsüberprüfung der Kernkraftwerke und Zwischenlager und erwarten, dass die dabei neu gewonnenen Erkenntnisse schnell umgesetzt werden. Darüber hinaus fordern wir konsequente Stresstests für alle Kernkraftwerke zumindest in der Europäischen Union.

Die Zeit des Moratoriums bietet die Chance, um über Wege nachzudenken, wie der im Energiekonzept beschriebene Umbau hin zum Zeitalter der Erneuerbaren Energien beschleunigt werden kann. Für ein stimmiges Gesamtkonzept setzen wir gleichermaßen auf wirtschaftliche Vernunft, soziale Verantwortung und die Bewahrung der Schöpfung.

Die Soziale Marktwirtschaft ist dabei der Ordnungsrahmen, der unterschiedliche Interessen ausgleicht und zusammenführt. Grundlage für uns ist das Energiekonzept der Bundesregierung. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien wollen wir beschleunigen und so alles dafür tun, die Brücke der Kernkraft schneller hinter uns lassen zu können. Dabei werden wir mit Maß und Mitte vorgehen, damit Energie bezahlbar bleibt und neue Chancen genutzt werden. Wohlstand für alle war und bleibt das grundlegende Ziel der Sozialen Marktwirtschaft. Das muss auch der Kompass für den Aufbruch in ein neues Energiezeitalter sein. Energie darf kein Luxusgut für wenige werden – das ist die besondere Verpflichtung der CDU als Volkspartei.

Deshalb kann es auch keinen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie geben, der unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Grundlage für soziale Sicherheit gefährden würde. Auch der effiziente Einsatz heimischer Energieträger – beispielsweise die gut und langfristig verfügbare Braunkohle – ist unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit sinnvoll und ein wirksames Mittel, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu mindern.

Die CDU ist allerdings davon überzeugt, dass es innerhalb einer Generation, gerade für ein Hochtechnologieland wie Deutschland, möglich ist, die Stromversorgung weitestgehend aus regenerativen Energien zu bestreiten – und dabei führendes Industrieland zu bleiben.

Die CDU Deutschlands unterstützt die Bundesregierung darin, auf der Grundlage der Ergebnisse der Reaktorsicherheits- sowie der Ethikkommission ein ehrgeiziges und realistisches Konzept für das beschleunigte Ende der Nutzung der Kernenergie vorzulegen.

1. Vorfahrt für Erneuerbare Energien

■ Erneuerbare Energien als Beitrag zum Klimaschutz stärken

Wir stehen zu unseren ehrgeizigen Klimaschutzziele und wollen deshalb möglichst schnell das Zeitalter der Erneuerbaren Energien erreichen. Dabei setzen wir beim Ausbau der Windenergie vor allem auf Offshore-Anlagen und Effizienzsteigerungen an bestehenden Anlagen durch Repowering. Der Weg dorthin darf aber nicht zu einem Subventionswettbewerb werden. Die Förderung darf auch weiterhin nur der Anschubfinanzierung dienen. Die Wirtschaftlichkeit und Marktintegration der Erneuerbaren Energien müssen verbessert werden. Dabei hilft, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit sich zuletzt be-

reits deutlich verbessert hat, während sich fossile Rohstoffe wie Kohle, Gas oder Erdöl in den letzten Jahren weltweit verteuert haben. Ihre Preise werden auch weiter steigen, weil ihre Verfügbarkeit begrenzt ist und weltweites Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum die Nachfrage nach ihnen als Energieträger hochhalten.

Auch die Folgekosten ihrer Nutzung für die Umwelt werden in immer stärkerem Maße über Zertifikate in die Preisbildung einfließen. Diesen Mechanismus wollen wir global stärker verankern, auch um einseitige Standortnachteile in Europa zu verhindern. Der Emissionshandel ist ein gutes Instrument Marktmechanismen und Klimaschutz wirksam zu verbinden und Anreize für technologische Innovationen zu schaffen. Dies erhöht auch die künftigen Absatzmöglichkeiten deutscher Umwelttechnologie und hilft darüber hinaus die Verfügbarkeit von Rohstoffen, die heute noch überwiegend als Brennstoffe genutzt werden, auch für andere Verwendungen länger zu gewährleisten.

Eine Energieversorgung, die auf Erneuerbare Energien setzt, ist klimafreundlich und wird deshalb nicht durch Klimaabgaben belastet. Wenn es zusätzlich gelingt, über technologische Innovationen und den Einsatz der Erneuerbaren Energien im großen Maßstab ihre Effizienz zu verbessern, wird sich über diesen Weg eine wettbewerbsfähige Energieversorgung einstellen. Wir drängen deshalb darauf, dass die entsprechenden Maßnahmen des Energiekonzepts zum Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt und effizient umgesetzt werden.

■ **Mit modernen Kraftwerken auf mehr Effizienz setzen**

Unsere ehrgeizigen, aber notwendigen Klimaschutzziele setzen einem Ausbau von Kohle- und Gaskraftwerken Grenzen. Dennoch werden wir auf sie als Brückentechnologie nicht verzichten können. Ihre ständige Verfügbarkeit und die flexiblen Einsatzmöglichkeiten, insbesondere der Gaskraftwerke, sind für eine stabile Energieversorgung weiterhin erforderlich, um die schwankende Verfügbarkeit der Erneuerbaren Energien auszugleichen. Die weltweit modernsten Kraftwerke mit einem hohen Wirkungsgrad stehen dabei für ein hohes Maß an Umwelt- und Klimaschutz. Beiden Aspekten wollen wir durch technologische Innovationen weiterhin Rechnung tragen. Dabei setzen wir auch auf die Stadtwerke, die mit ihrer dezentralen Struktur und umfangreichen Investitionen eine wichtige Rolle bei der Modernisierung des Kraftwerksparks spielen.

■ **Eine zukunftsfähige Netzinfrastuktur ausbauen**

Der Umstieg wird zu einer neuen geographischen Verteilung von Energieerzeugung und -verbrauch führen. Derzeit wird Strom nah an den Zentren erzeugt, in denen der größte Teil verbraucht wird. In Zukunft wird die Stromerzeugung durch Windkraft auf See und in den Küstenregionen deutlich zunehmen. Die Kraftwerkslandkarte der Zukunft wird dezentraler und vielseitiger, weil zusätzlich Er-

zeugungsanlagen, etwa Photovoltaik und Biomasse, Strom ins Netz einspeisen werden. Das heißt: Strom muss über „Stromautobahnen“ weiter als bisher in die Wirtschaftszentren des Landes transportiert werden.

Dafür braucht Deutschland eine umfassende Modernisierung und Ausbau seines Energienetzes. Dabei muss der Blick auch über die Landesgrenzen gehen, weil wir in einem europäischen Markt für Strom aus Wettbewerbs- und Gründen der Versorgungssicherheit in einem dauerhaften Stromaus-tausch mit unseren Nachbarn stehen. Deshalb unterstützen wir die EU Kommission in ihrem Ziel, den europäischen Strommarkt weiter zu liberalisieren und durch einheitliche Regeln zu stärken.

Strom wird zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich stark nachgefragt. Das führt zu Belastungen der Netze und erfordert ein aufwendiges Netzmanagement. Wir wollen deshalb mit der Hilfe von intelligenten Netzen einen Beitrag zur Stabilisierung leisten. Dazu streben wir eine zügige Einführung „intelligenter Zähler“ an. Dabei werden wir Aspekte der Datensicherheit genauso beachten wie Wettbewerbs- und Kostenfragen. Wir werden außerdem die Voraussetzungen schaffen, dass attraktive Angebote für lastvariable Tarife entstehen.

■ **Mehr Sicherheit und Stabilität durch neue Energiespeicher erreichen**

Auch der Ausbau von Energiespeichern ist von großer Bedeutung, um Schwankungen bei den Erneuerbaren Energien auszugleichen. Bisher am weitesten verbreitet sind Pumpspeicherkraftwerke. Biogas und feste Biomasse sind ebenfalls gut speicherbar und geeignet, die Schwankungen in der Stromerzeugung aus Wind und Sonne auszugleichen.

Die Bioenergie mit ihrem breiten Einsatzspektrum soll daher als Energieträger im Strom-, Wärme- und Kraftstoffsektor weiter ausgebaut werden. Nutzungskonkurrenzen zur Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie auch im Hinblick auf den Naturschutz und die Artenvielfalt wollen wir vermeiden. Dazu muss auch die anstehende Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) einen wichtigen Beitrag leisten.

Darüber hinaus gibt es viele neue Speichertechnologien, die theoretisch bereits möglich, aber noch nicht alltagstauglich sind. Deren weiteren Erforschung kommt daher eine Schlüsselrolle zu. Dazu zählen beispielsweise Druckluftspeicher, Wasserstoffspeicher und aus Wasserstoff hergestelltes Methan sowie Batterien für Elektrofahrzeuge.

Der Bau neuer Speicher ist oft mit großen Baumaßnahmen verbunden, die genauso wie der Netzausbau derzeit auf eine zu geringe Akzeptanz stoßen. Das wollen wir unter anderem durch eine angemessene und frühzeitige Bürgerbeteiligung ändern. Auch die Möglichkeit von Erdkabeln, insbeson-

dere in dicht besiedelten Wohngebieten, kann die Zustimmung der Bevölkerung beim Ausbau der Infrastruktur verbessern helfen. Dabei sind die Ergebnisse der Pilotprojekte und Fragen der Bezahlbarkeit zu berücksichtigen.

2. Um Konsens werben

■ **Zustimmung der Menschen als Voraussetzung für beschleunigten Infrastrukturausbau**

Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien akzeptieren. Die Soziale Marktwirtschaft setzt wie keine andere Ordnung auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Sie lebt von Mitbestimmung und Mitgestaltung jedes Einzelnen. Sie lebt aber auch davon, dass diese Chance zur Mitbestimmung und Mitgestaltung für jeden möglich ist.

Die Erfahrungen nach der Deutschen Einheit zeigen, wie man große Infrastrukturprojekte beschleunigt umsetzen kann, ohne die Beteiligung der Bevölkerung auszuschließen. Wenn wir uns darauf besinnen, kann der erforderliche Netz- und Speicherausbau gelingen. Um dies zu erreichen, unterstützen wir die Bundesregierung und die Länder in ihren Anstrengungen, sich auch im Rahmen gesetzlicher Veränderungen schnell auf entsprechende Verfahren zu verständigen und dabei die Erfahrungen aus dem Ausbau einer neuen Infrastruktur in Ostdeutschland zu berücksichtigen. Auch die Energieunternehmen und Netzbetreiber sind aufgefordert, sich einzubringen und noch engagierter als bisher für Transparenz und Bürgerbeteiligung zu sorgen.

Wir werben auch für mehr Unterstützung in der Bevölkerung. Wo immer dies sinnvoll möglich ist, wollen wir beispielsweise mit einer Bündelung neuer Stromtrassen mit bestehenden Bahn- oder Straßentrassen dazu einen Beitrag leisten. Ein solches Vorgehen kann die Belastungen für die Bevölkerung reduzieren und Kosten senken.

Dennoch wird es Regionen und Kommunen geben, die besonders von den erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen betroffen sind. Wir werden deshalb prüfen, inwieweit sie einen finanziellen Ausgleich erhalten können.

■ **Mehr Energieeffizienz hilft Kosten zu senken und Ressourcen zu schonen**

Auf dem Weg zu einer höheren Energieeffizienz unserer Volkswirtschaft kommen wir gut voran. In immer stärkerem Maß gelingt es, den Energieverbrauch vom Wachstum des Bruttoinlandproduktes zu entkoppeln. Seit 1991 ist das BIP um mehr als 25 Prozent gewachsen, während der Energieverbrauch um 8 Prozent zurückging, wobei uns bewusst ist, dass die außerordentlichen Veränderun-

gen in den neuen Ländern maßgeblich dazu beigetragen haben. Diesen Weg der zunehmenden Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch wollen wir weitergehen, denn hier liegen weiterhin große Potenziale, um unsere Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren und die finanziellen Belastungen für Haushalte und Wirtschaft zu mindern.

Große Reserven liegen vor allem im Gebäudebereich. Wir wollen dort Wärme- und Stromverluste vermindern. Dezentrale Systeme – wie beispielsweise Gebäude, die über ihren Bedarf hinaus Energie erzeugen – können einen wichtigen Beitrag leisten und gleichzeitig den Bedarf an zusätzlichen Stromübertragungsnetzen verringern. Auch der weitere Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ist ein erfolgversprechender Weg zu mehr Energieeffizienz.

Wir wollen zusätzliche Anreize schaffen, beispielsweise durch zinsgünstige Darlehen, damit Eigentümer in die Gebäudesubstanz investieren. Ziel ist, die Sanierungsrate für Gebäude deutlich zu erhöhen. Dies stärkt die deutsche Wirtschaft und insbesondere das mittelständische Handwerk, denn entsprechende staatliche Anreize rechnen sich: Im Schnitt löst jeder eingesetzte Euro acht Euro private Investitionen aus – mit entsprechend günstigen Folgen für mehr Beschäftigung und den Arbeitsmarkt.

■ **Suche nach einem sicheren Endlager vorantreiben**

Die CDU ist der Auffassung, dass die Generation, die die Kernkrafttechnologie nutzt, sich auch um die Lagerung der anfallenden radioaktiven Abfälle sorgen muss. Der beschleunigte Umstieg auf die Erneuerbaren Energien bietet die Chance, auch in der Frage der Entsorgung von hochradioaktiven Abfällen einen Konsens zu erzielen. Dies schließt nach unserer Auffassung die ergebnisoffene Weitererkundung von Gorleben ebenso ein, wie ein Verfahren zur Ermittlung allgemeiner geologischer Eignungskriterien und möglicher alternativer Entsorgungsoptionen.

■ **Für eine faire Lastenteilung**

Der Umstieg ist eines der anspruchsvollsten politischen Projekte für die kommenden Jahre. Der dringend erforderliche Netzausbau, neue Kraftwerke, der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien, die notwendigen energetischen Gebäudesanierungen, der Umstieg auf energieeffizientere Anlagen, Forschung und Entwicklung neuer Speichertechniken und Umwelttechnologien – all das ist mit enormen Investitionen verbunden. Diese Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung werden sich aber langfristig lohnen, weil sie die Abhängigkeit von knapper und teurer werdenden Ressourcen vermindern und auch im globalen Maßstab neue Marktchancen eröffnen können. Der Umstieg wird aber auch zu finanziellen Belastungen führen. Diese gilt es fair und angemessen aufzuteilen.

Die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und die erfolgreiche Umsetzung des Umstiegs sind in gleicher Weise Ziele einer nachhaltigen Politik.

Aber nicht nur der Staat ist gefordert, neue Prioritäten zu setzen, sondern auch die ganze Gesellschaft kann einen wertvollen Beitrag leisten. Deshalb begrüßen wir die verschiedenen Initiativen in der Bürgergesellschaft, die z. B. nach genossenschaftlichen Prinzipien private Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz unterstützen.

3. Die Chancen des Umstiegs richtig nutzen

■ Energieforschung ausbauen und besser vernetzen

Das ehrgeizige Ziel eines schnelleren Umstiegs auf die erneuerbaren Energien ist allein mit den heutigen Technologien nicht erreichbar. Wir brauchen einen technologischen Sprung bei der Entwicklung neuer Speichertechnologien, intelligenter Netze und der Steigerung der Energieeffizienz. Deshalb ist eine leistungsfähige Energieforschung zentral für das Erreichen unserer Ziele. Dazu gehört auch die Forschung im Bereich sicherer Zwischen- und Endlager. Wir wollen die Energieforschung stärker vernetzen und damit den zahlreichen Wechselwirkungen zwischen Netz- und Speicherstrukturen sowie den verschiedenen Energieträgern Rechnung tragen. Auch die Prioritäten in der Mittelvergabe müssen sich am beschleunigten Umstieg orientieren, weil verlässliche Kenntnisse vorliegen müssen, bevor großflächige Umsetzungen erfolgen. Zusätzlich brauchen wir bei der Forschung ein hohes Maß an Offenheit für neue Prinzipien und Technologien. Neben den bereits beschrittenen Pfaden gilt es, auch neue Wege hin zu einer umweltfreundlichen Energieversorgung zu erkunden. Dazu zählen z. B. Gezeiten- oder Osmosekraftwerke, die weniger schwankungsanfällig sind als Windanlagen, genauso wie neue Speichertechnologien, die den Einsatz Erneuerbarer Energien unterstützen.

■ Wettbewerbsfähigkeit bleibt zentrales Anliegen des Energieumstiegs

Wir stehen dafür ein, dass die Energieversorgung der Zukunft bezahlbar bleibt – für Unternehmen wie für Privatpersonen. Wir wollen nicht, dass die Energieversorgung die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts wird. Deshalb werden wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass Energie gerade für niedrige und mittlere Einkommen sowie für Familien bezahlbar bleibt. Zugleich haben es die Verbraucher in Zukunft mehr denn je selbst in der Hand, neben den Möglichkeiten zur Energieeinsparung auch mit der Wahl des passenden Energieversorgungsunternehmens Kosten zu senken. Denn mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt bietet mehr Transparenz und Vergleichbarkeit der Preise.

Während des beschleunigten Umstiegs entstehende Zusatzkosten dürfen auch nicht die Wettbewerbsposition der deutschen Volkswirtschaft beeinträchtigen. Energieintensive Branchen wie beispielsweise die Stahl-, Aluminium- oder Chemieindustrie sind für unser Land von zentraler Bedeutung. Sie haben nicht nur im Hinblick auf die gesamte Wertschöpfung und Beschäftigung in unserem Land einen überragenden Stellenwert. Sie sind auch wichtiger Motor für Innovationen, gerade im Bereich des Umweltschutzes und der Energieeffizienz. Deshalb werden wir bei den anstehenden Entscheidungen immer auch die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigen.

■ **Chancen für Wachstum und Wohlstand – unser Anspruch!**

Die Chancen des beschleunigten Umstiegs für unser Land sind groß. Wenn es uns gelingt, innerhalb einer Generation den Energiebedarf eines Industrielandes weitgehend aus Erneuerbaren Energien zu decken, ist dies ein starkes und ermutigendes Signal für andere Länder, sich ebenfalls auf den Weg zu machen.

Deutschland kann sich als Innovations- und Wirtschaftsstandort für eine nachhaltige Energieversorgung profilieren. Weil eine sichere, preiswerte und ökologische Energieversorgung nicht nur für Deutschland der Schlüssel zum Erfolg ist, eröffnet sich für unsere Volkswirtschaft ein neuer zukunftsweisender und schnell wachsender Markt. Damit ist der Umstieg auch für unsere Wirtschaft eine große Chance, sich weiterhin einen Spitzenplatz in der Welt zu sichern und als Motor für Innovationen geachtet zu werden. Wir wollen, dass der Umstieg auf die Erneuerbaren Energien zu einer neuen „Gründerzeit“ für unser Land wird. Diejenigen, die hier investieren, haben eine gute Chance, zu den neuen Technologieführern und Exportweltmeistern zu gehören und die Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen. Wir werden dabei gleichermaßen wirtschaftliche Vernunft, soziale und ökologische Verantwortung walten lassen.

Die CDU Deutschlands stellt sich mit aller Kraft dieser Aufgabe. So, wie es uns mit der Sozialen Marktwirtschaft gelungen ist, den Gegensatz von Arbeit und Kapital zu überwinden, so wird es uns mit ihr auch gelingen, die Erfordernisse einer effizienten Energiewirtschaft und eines nachhaltigen Erhalts der Umwelt miteinander zu verbinden.